

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:
V/0144/2011
Auskunft erteilt: Herr Muddemann
Ruf: 492 67 79
E-Mail: Muddemann@stadt-muenster.de
Datum: 09.03.2011

Betrifft

Antrag der SPD-Fraktion Nr.: A-R/0004/2011 vom 02.02.2011
"Gasbohrungen vor Münsters Toren - erst prüfen, dann informieren und Bürger beteiligen"

Beratungsfolge

06.04.2011 Hauptausschuss

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Antrag A-R/0004/2011 der SPD-Fraktion, „Gasbohrungen vor Münsters Toren – erst prüfen, dann informieren und Bürger beteiligen“ (**Anlage 1**) wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen verwiesen.

Begründung:

In den letzten Jahren wurden von der Bezirksregierung Arnsberg (Bergbehörde) sogenannte Bergbauberechtigungen zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen (unkonventionellem Erdgas) zu gewerblichen Zwecken im Norden und Nordwesten des Landes NRW großflächig erteilt. Das Aufsuchungsfeld „Nordrheinwestfalen Nord“, in dem u.a. auch Münster liegt, wurde an die ExxonMobil Produktion Deutschland GmbH (EMPG) vergeben. Für das vorgenannte Aufsuchungsfeld hat die EMPG einen Antrag auf Zulassung eines bergrechtlichen Betriebsplans zur Durchführung einer Erkundungsbohrung im Gemeindegebiet Nordwalde gestellt. Gleichartige Bohrungen sind im Bereich der Städte Borken und Drensteinfurt von dem Unternehmen geplant.

Insbesondere gegenüber dem anzuwendenden Verfahren zur Gewinnung des vermuteten Erdgases, dem sogenannten „Fraccking“, bestehen aufgrund der eingesetzten chemischen Stoffe große Bedenken. Dabei spielt die Frage der Beeinträchtigung der Gewässer (Grund- und Oberflächenwasser) neben weiteren Aspekten, wie beispielsweise der Natur- und Landschaftsschutz, der Immissionsschutz und der Bodenschutz eine prioritäre Rolle.

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag der SPD-Fraktion an den für Umweltfragen zuständigen Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen zur weiteren Beratung zu verweisen. In Zusammenarbeit mit der Genehmigungsbehörde Bezirksregierung Arnsberg, der Stadtwerke Münster GmbH

(Trinkwasserversorgung), dem Gesundheitsamt und dem Presse und Informationsamt wird das federführende Amt für Grünflächen und Umweltschutz die Anfrage der SPD Ratsfraktion aufarbeiten.

gez.
Thomas Paal
Stadtrat

Anlage